

## **Bliesener kritisiert die «Selbstinszenierung» von Politikern und Militärs DGB: Immense Kosten des NATO-Gipfels «nicht vertretbar»**

**(PR-inside.com 09.02.2009 14:50:05) - Der baden-württembergische Landesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) kritisiert die «immensen» Kosten des im April in Baden-Baden und Straßburg stattfindenden NATO-Gipfels. Es sei «nicht vertretbar», rund 50 Millionen Euro für den Polizeieinsatz und die «Selbstinszenierung» von Politikern und Militärs auszugeben, sagte der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener.**

Stuttgart (ddp-bwb). Der baden-württembergische Landesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) kritisiert die «immensen» Kosten des im April in Baden-Baden und Straßburg stattfindenden NATO-Gipfels. Es sei «nicht vertretbar», rund 50 Millionen Euro für den Polizeieinsatz und die «Selbstinszenierung» von Politikern und Militärs auszugeben, sagte der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener am Montag in Stuttgart. Denn zugleich spare die Landespolitik an der Ausstattung und Besoldung der Polizei. Außerdem sei das Geld für Bildung und Soziales knapp. Der DGB rief zwar nicht selbst zu Protesten gegen den NATO-Gipfel auf, betonte aber das Recht auf friedlichen Protest. Die Versammlungsfreiheit dürfe nicht durch überzogene Sicherheitsmaßnahmen in Frage gestellt werden. Bliesener forderte Landesinnenminister Heribert Rech (CDU) auf, «zur Deeskalierung beizutragen statt die Demonstranten schon im Vorfeld als Rechtsbrecher zu diffamieren und schikanöse Auflagen für die geplanten Protestcamps zu machen». In der Erklärung des DGB-Landesvorstands heißt es zudem: «Wir kritisieren eine NATO-Strategie, die weder Präventivkriege noch den Ersteinsatz von Atomwaffen ausschließt.» Statt zunehmender Militärinterventionen sei eine präventive Politik notwendig, die Konfliktursachen beseitigt. Nötig sei eine unabhängige europäische Friedenspolitik der EU statt stärkerer Einbindung der Europäer in die NATO-Strategie. (ddp)